

linistischen, revisionistischen...“ usw. Staaten zu kommen. Da nun aber der internationale Klassenkampf in Europa wirklich zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern vor sich geht, hüllen sich die Antiautoritären in verlegenes Schweigen und machen unwillig abwehrende Handbewegungen, wenn Fragen der europäischen Politik zur Sprache kommen. Denn der Antibürokratismus der antiautoritären Sozialisten ist nichts anderes als ein sozialistischer Antikommunismus, und diese Position hat es in der Tat schwer, im Kontext des realen innereuropäischen Klassenkampfes einen Platz zu finden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß man sich eigentlich in gar keiner Frage, auch in keiner innenpolitischen, zurechtfinden kann, wenn man sich über die internationalen Klassenkampffronten keine Rechenschaft ablegt oder seine eigene Position bewußt irgendwo zwischen ihnen sucht.

Nichts wäre indes törichter, als wenn die übrigen Teile der Opposition ihren antiautoritären Partnern nicht unermüdet und mit größter Geduld dabei behilflich sein würden, über ihr antiautoritäres Durchgangsstadium hinwegzukommen. Sie dürfen sich dabei allerdings nicht von den kollektiven Entwicklungsproblemen ihrer neuen Kampfgenossen beeindrucken und am Ende selbst in deren Irrealismus hineinziehen lassen. Die inneroppositionelle Diskussion muß vielmehr dazu führen, daß sich alle gegenwärtigen Richtungen und Gruppierungen der außerparlamentarischen Bewegung über die Unzulänglichkeiten der antiautoritären Theorie und Praxis klar werden. Die demokratische Opposition muß in ihrer Gesamtheit über dieses Stadium hinausgelangen, weil anarchistische oder antiautoritäre Bewegungen immer in einer allgemeinen Frustration enden. Die Opposition aber muß gerade an Dynamik gewinnen, ihre Aktionskraft muß weit über ihre heutige hinauswachsen, wenn gesellschaftsverändernde Demokratisierungsprozesse in Gang gebracht werden sollen.

Objektiv hat sie dazu die Möglichkeit. Denn das staatsmonopolistische System kann den Konzentrationsprozeß nicht anhalten, der Zustrom an neuem Proletariat nimmt permanent zu, und der Druck auf die Arbeiterschaft verschärft sich. Ob aber aus alledem die oppositionelle Gegenmacht erwächst, die die gegenwärtige Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik umkehren kann, hängt wesentlich von der strategischen Orientierung der Opposition und der Art ihrer Alternativen ab.

Conrad Taler

Menetekel „Harzburger Front“

Beispiele der Übereinstimmung zwischen CDU/CSU und NPD — Der Nationalismus in europäischem Gewand

Eine „Untat“ nannte es der CSU-Vorsitzende Strauß, gegen seine Partei den Vorwurf des „Nationalismus oder der Nähe zu einer rechtsradikalen Partei“ zu erheben. Auch der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kiesinger, wies nachdrücklich

jeden Verdacht zurück, daß „ausgerechnet diese CDU und diese CSU nationalistiche Züge“ hätten. Und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen, versicherte: „Es gibt keine Verbindung der CSU zur NPD, und es wird sie nicht geben.“

Was die drei Unionspolitiker veranlaßte, sich auf dem CSU-Parteitag in München am 13./14. Juni in dieser Weise zu äußern, war die Anmerkung des SPD-Vorsitzenden Brandt, in der Bundesrepublik existiere die „Mini-Ausgabe“ einer neuen „Harzburger Front“, also jenes Bündnisses, das die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm 1931 in Bad Harzburg mit der NSDAP eingingen.

Der einstige Antifaschist und Emigrant Willy Brandt hatte sich wegen seiner Warnungen vor einer Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik schon vor dem Münchner CSU-Kongreß Fußtritte der sogenannten gemäßigten und der extremen Rechten eingehandelt. Nun sollte auf dem christlich-sozialen Parteitag ein für allemal mit den Vorwürfen aufgeräumt werden, in den Unionsparteien huldigten manche Leute einem Nationalismus unseligen Angedenkens. Die Zauberformel lautete sinngemäß: Wer für Europa eintrete, könne gar kein Nationalist sein. Im einzelnen hörte sich das so an:

„Ich habe immer . . . erklärt, daß in unseren Augen der Nationalismus der Totengräber Europas ist. Es gibt keine europäischer orientierte Partei als die Christlich-Soziale Union . . .“ (Strauß). „Wir lassen uns im europäischen Willen . . . von niemandem in der Bundesrepublik übertreffen“ (Kiesinger). „Die CSU macht Front gegen jedes Aufkeimen von Nationalismus und Chauvinismus in unserem Land“ (Stücklen).

Nun ist freilich der CSU-Vorsitzende Strauß so selbstlos europäisch wiederum nicht, daß er sein Bekenntnis zu Europa ganz ohne „aber“ vorgebracht hätte. Er fügte nämlich den erwähnten beiden Sätzen die Worte an: „Aber wir lassen uns auch nicht durch Hinweis auf NPD oder auf Nationalismus daran hindern, die volle Wahrheit für Deutschland, Gerechtigkeit für unsere Nation und Rückkehr als gleichberechtigtes Mitglied in die Gesellschaft der Völkerfamilie zu verlangen.“

„Volle Wahrheit für Deutschland“; was kann damit gemeint sein? Etwa, daß das Hitler-Deutschland nicht schuld war am Zweiten Weltkrieg? „Gerechtigkeit für unsere Nation“; sieht Strauß sie vielleicht erst dann wiederhergestellt, wenn die Gebiete jenseits von Oder und Neiße wieder deutsch sind? Und „Rückkehr als gleichberechtigtes Mitglied in die Völkerfamilie“? Könnte dies etwa bedeuten, daß der als diskriminierend empfundene Verzicht auf Atomwaffen fallen muß?

Ähnliche Fragen ließen sich auch an den vieldeutigen Satz knüpfen: „Wir . . . fordern Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung, des Verzichts und der Unterwerfung“, nur mit dem Unterschied, daß dieser Satz in den „Grundlagen nationaldemokratischer Politik zum Programm der NPD“ steht . . .

„Die CSU macht Front gegen jedes Aufkeimen von Nationalismus und Chauvinismus in unserem Land“, erklärte Richard Stücklen, aber hat sich seine Partei schon jemals ernsthaft mit dem Programm und den Parolen der Nationaldemokraten auseinandergesetzt? Offenbar gibt es da einige Schwierigkeiten. Sie hängen vermutlich damit zusammen, daß zwischen Nationaldemokraten und christlichen Demokraten auf vielen Gebieten Übereinstimmung besteht. Oder gibt es irgendwo eine Differenz, wenn einmal der NPD-Vorsitzende v. Thadden die Ansicht vertritt: „Das Europa von heute wäre sehr wohl in der Lage, wirtschaftlich, währ-

rungepolitisch und militärisch ein Faktor zu sein, durchaus in der Lage, in die Weltpolitik eingreifen zu können“, und wenn ein anderesmal der CSU-Vorsitzende Strauß verlangt, die Staaten Europas müßten die Rolle des Objektes aufgeben, um ein Subjekt der Weltpolitik zu werden“?

Weder die Italiener, noch die Schweden oder die Niederländer rufen nach „Mitbestimmung in der Weltpolitik“. Im Gegensatz zu namhaften deutschen Politikern erwecken sie nicht den Eindruck, als diene ihnen der Europabegriff als Vehikel für nationalistische Tendenzen. Zwar versichern die Führer in Bonn, nirgendwo seien Großmachtträume so gründlich ausgeträumt wie bei uns, aber interessanterweise bieten hauptsächlich politische Repräsentanten der Bundesrepublik immer wieder Anlaß zu gegenteiligen Betrachtungen. Als Strauß im Mai während seines Besuches in London einen neuen „Europa-Vorstoß“ unternahm und dabei die Vereinigung der britischen und der französischen Atomstreitmacht zu einem europäischen Pool empfahl, schrieb der liberale Londoner „Guardian“:

„Strauß war offensichtlich bemüht, sich als guter Europäer zu zeigen . . . Doch er setzt die Prioritäten falsch. Diese sind tatsächlich so falsch, daß sie geeignet sind, Zweifel an seinem friedlichen Image zu wecken, das er ausstrahlen möchte . . . Die Bombe an den Anfang zu stellen, heißt, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen“ (21. 5. 1969).

Noch bevor die CDU Ende Juni ihr Europa-Aktionsprogramm vorlegte, das die westeuropäischen Länder auf dem Weg über eine politische Union in eine zentral gelenkte Rüstungs- und Militärgemeinschaft umfunktionieren möchte, war in Paris die Befürchtung laut geworden, das von Bonn anvisierte Europa könnte möglicherweise unter deutschen Einfluß geraten. Vertraulich wurde verbreitet, für Frankreich sei eine allzu enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik nicht mehr ganz angebracht, weil der deutsche Partner zu stark werde. Der Präsident der französischen Stahlindustrie, Ferry, meinte, das deutsch-französische Duo sei durch die Ereignisse überholt. Und das gaullistische Blatt „La Nation“ schrieb, der Aufschwung der Bundesrepublik sei zwar eine Realität, der alle Europäer Rechnung tragen müßten. „Aber daß die europäischen Partner eine andere Realität sind, der ein Wohlstandsdeutschland ebenfalls Rechnung tragen muß, stellt auch eine unleugbare Tatsache dar. Das politische Europa, ohne das es keine wahrhaft europäische Konstruktion gibt, kann nicht deutsch sein“ (23. 5. 1969). Die Zauberformel gegen den Verdacht eines neuen deutschen Nationalismus hat ihre Wirkung allem Anschein nach bisher verfehlt. Wahrscheinlich rührt dies daher, daß der Nationalismus sich zwar in seinem äußeren Bild, nicht aber in seiner Substanz geändert hat. Er gibt sich nicht mehr ausschließlich deutsch, sondern von Fall zu Fall auch europäisch. Das ist vermutlich auch der Grund für die Klage des SPD-Pressedienstes, die Unionsparteien „schwankten zwischen europäischen Treuebekanntnissen und Spielereien mit eben jenem deutschen Nationalismus, dessen Wiederbelebung Europa im Wege stehe“ (PPP 24. 6. 1969).

Auf welche Weise versucht wird, die westeuropäischen Länder zu Komplizen der eigenen Ressentiments gegenüber den beiden Großmächten zu machen und eine Art „europäischen Nationalismus“ hochzukitzeln, verdeutlichte Franz-Josef Strauß mit dem Satz: „Es ist auf die Dauer nicht einsehbar, daß allein die sieben Länder der Westeuropäischen Union eine Viertelmillion amerikanischer Soldaten brauchen, um vor vier Millionen Rotarmisten nicht zittern zu müssen“ (dpa 1. 6. 1969). Wenige Tage später wartete Bundeskanzler Kiesinger, der die Bundeswehr zur „großen Schule der Nation“ machen will, mit einer ähnlichen Kostprobe von europäisch-nationalistischem Pathos auf. „Ist es nicht eine Schande“,

fragte er auf einer Tagung des Bundeswehrverbandes, „daß 200 Millionen Amerikaner 300 Millionen Europäer schützen müssen?“

Gewiß, ganz und gar möchte man auf den Rückhalt Amerikas nicht verzichten, aber es fehlt auch nicht an öffentlich geäußerten Zweifeln hinsichtlich der Einsatzfreudigkeit und Einsatzfähigkeit der USA. Man möchte in Bonn unabhängig sein von den Unwägbarkeiten der amerikanischen Politik. Kiesingers fatales Wort von der atomaren „Komplicenschaft“ zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion machte auf verblüffend deutliche Weise klar, was man am Rhein von Washington hält. Die NATO gilt als überholt, weil sie zu wenig Spielraum für eigene Entscheidungen läßt. Strauß wünscht „zwei westliche strategische Systeme“, mit je einem Hauptquartier in Washington und in Europa.

Auch in dieser Beziehung treffen sich Unionspolitiker und Nationaldemokraten auf einer Linie. So bemerkte der NPD-Vorsitzende v. Thadden: „Jener Staat, der uns vor einem aggressiven Kommunismus schützen sollte, wird heute selbst mehr und mehr zum Schauplatz kommunistisch infizierter Unruhen. Das ist wahrlich Grund genug . . . den Versuch zu unternehmen, uns in Europa vor den Folgen solcher Entwicklungen durch eine Politik mit dem Ziel europäischer Unabhängigkeit zu schützen“ („NPD-Kurier“ G/68).

Wenn Strauß es eine „Untat“ nannte, gegen seine Partei den Vorwurf irgendwelcher Gemeinsamkeiten mit der NPD zu erheben, so setzte er damit die vehementen Bemühungen seines „Bayernkuriers“ fort, die Unionsparteien gegen alle derartigen Vergleiche zu verteidigen. Das CSU-Blatt meinte, es sei eine „lächerliche Argumentation“, z. B. aus der übereinstimmenden Haltung von CDU/CSU und NPD gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag, der Nichtanerkennung der DDR, der Nichtaufwertung der D-Mark und der Verjährung auf eine „Verwandtschaft“ zwischen den beiden Parteien zu schließen oder gar zu behaupten, die CDU/CSU segle im Kielwasser der Rechtsradikalen. Das sei „politischer Rufmord“ („Bayernkurier“ v. 31. 5. 1969).

Nun ist aber die Übereinstimmung zwischen der CDU/CSU und der NPD in zahlreichen Fragen keine böswillige Erfindung politischer Rufmörder, sondern schlicht eine Tatsache. Sie aufzudecken heißt lediglich, auf gewisse Gefahren aufmerksam machen, wobei es nicht so entscheidend ist, ob die Unionsparteien im Kielwasser der nationalistischen Propaganda der NPD segeln oder umgekehrt. Daß sich insbesondere das von Strauß herausgegebene CSU-Organ „Bayernkurier“ über Hinweise auf eine weitgehende Identität der Argumentation zwischen den gemäßigten und den extremen Rechten erregt, kommt nicht von ungefähr. Dies Blatt selbst bietet nämlich am häufigsten Gelegenheit zu vergleichenden Betrachtungen. Und zwar gilt dies keineswegs nur für die eingangs erwähnten Probleme, sondern vielmehr für eine lange Reihe von politischen Fragen, von denen einige im folgenden dargestellt werden sollen.

So schrieb der „Bayernkurier“ (am 21. 9. 1968) z. B.: „Das willige Marschieren im Schlepptau der Vereinigten Staaten, wie Brandt es mit seinem hektischen Eifer, die deutsche Unterschrift unter den Sperrvertrag baldmöglichst zu leisten, dokumentiert hat, kann einfach bei der Verschiedenheit der jeweiligen Interessenslage keine gute Politik für Deutschland sein.“ Das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten“ (vom 11. 10. 1968) zitierte zu diesem Thema den NPD-Vorsitzenden Adolf v. Thadden wie folgt: „Unsere Lage im geteilten Europa enthält Elemente, die mit den Interessen der USA nicht übereinstimmen.“ Der gleichklingende Verweis auf Interessendifferenzen zwischen Bonn und Washington fällt hier besonders auf, weil er in diesem Zusammenhang abwegig ist. Schließlich

haben über 80 Staaten den Atomsperrvertrag unterschrieben, obwohl die Mehrzahl davon keineswegs US-Satelliten sind!

Fast identisch war auch die Argumentation, als auf der Frankfurter Buchmesse 1968 Studenten und junge Arbeiter demonstrierten. Die NPD-Zeitung (27. 9. 1968) äußerte sich so: „Jeder der nicht aussah wie ein Strolch wurde von dem größten Haufen angepöbelt.“ Bei den Demonstranten habe es sich um „Typen“ gehandelt, „die eigentlich nur das Interesse der Frankfurter Straßenreinigung erwecken sollten.“ Im „Bayernkurier“ (vom 28. 9. 1968) war zu lesen: „Der Staat kann es nicht ungeahndet hinnehmen, daß ein paar Dutzend aus der Bundesrepublik zusammengesetzte Rowdies die Beschaulichkeit und den Glanz der Buchmesse stören . . . Die Frankfurter Polizei räumte den Stand . . .“ (an dem Strauß sein neues Buch signierte, d. Verf.). „Einmal mehr hat sich gezeigt, daß diese ganze angebliche Protestwelle nichts weiter ist als ein Polizeiproblem.“

Zu den Prozessen gegen NS-Verbrecher und zum Problem der Verjährung hatte Strauß bereits 1964 geäußert, das meiste Geschäft mit der Verzerrung und Verdrehung des Geschichtsbildes mache der Kommunismus („Der Spiegel“, 2. 9. 1964). In den „Deutschen Nachrichten“ wurde behauptet, die Wähler wünschten „einen Schlußstrich unter das Prozeßkapitel“ (16. 8. 1968). Und in einer anderen Ausgabe (20. 9. 1968) hieß es polemisch: „Die Prozesse zur weltweiten Diffamierung des deutschen Volkes sollen auch im 24sten Jahr nach Kriegsende mit allen Konsequenzen fortgesetzt werden.“

Übereinstimmende Töne gab es auch zum Kapitel „Kriegsschuldlüge“. Strauß meinte: „Wir sollten die systematische Diffamierung des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit bekämpfen.“ Hitlers Einmarsch in Polen, so fuhr er fort, wäre schließlich nicht denkbar gewesen ohne die Haltung Großbritanniens, das Hitler in seinem Wahn bestärkt habe, es werde Polen im Ernstfall nicht beistehen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 11. 1. 1965). Im NPD-Programm steht: „Wir weisen die Behauptung der Allein- oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegern entschieden zurück. Die Bekämpfung dieser Lüge ist Aufgabe des ganzen Volkes.“

Das Thema nationale Größe inspirierte Strauß u. a. zu dem Satz: „Man kann sich auf die Dauer nicht als wirtschaftlichen Riesen in Anspruch nehmen und als politischen Zwerg behandeln lassen“ (WDR, 27. 5. 1967). In den „Deutschen Nachrichten“ (vom 24. 2. 1967) war zu lesen: „Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik eine Weltmacht, doch politisch ist sie ein Nichts, ein Spielball der Interessen fremder Mächte.“ (In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Ironie, daß das Bundesinnenministerium diesen Satz in seiner 1967 veröffentlichten Dokumentation über den Rechtsradikalismus als Beweis für die nationalistische Demagogie der NPD angeführt hat!)

Im Verlauf eines Interviews mit dem Südwestfunk setzte sich der CSU-Vorsitzende Strauß für eine Änderung des Status quo ein, den er als „unerträglich und unannehmbar“ bezeichnete (AP 8. 9. 1968). Die NPD-Zeitung (vom 18. 10. 1968) schrieb: „Es wäre ein wohl nie wieder gutzumachender Fehler, wollte sich die deutsche Politik mit dem . . . Status quo . . . abfinden.“ Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kiesinger, dazu: „Die Überwindung des Status quo ist eine bindende Aufgabe für uns“ („Bayernkurier“ vom 20. 7. 1968).

Ähnliche Auffassungen vertreten die NPD und die CSU auch hinsichtlich der Rüstungskäufe im Ausland, die zugunsten der eigenen Rüstungsindustrie eingeschränkt werden sollen. Am 9. Mai 1969 wetterten die „Deutschen Nachrichten“

gegen die „freiwillige Unterwerfung unter ausländische Forderungen und Interessen“ und kritisierten die „Bonner Vorliebe für Rüstungskäufe aus dem Ausland.“ Wie Strauß dazu steht, machte er auf einer Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages deutlich, als er sagte, auf dem Gebiet der Rüstungspolitik dürfe es nicht bei der einseitigen Abhängigkeit bleiben, „in die wir auf diesem Gebiet geraten sind“ („Weserkurier“ vom 16. 2. 1967).

Die NATO, einst höchst willkommenes Instrument der Wiederaufrüstung, wird von CSU wie NPD inzwischen als unvollkommen und überholt angesehen. Strauß möchte stattdessen eine europäische Verteidigungsgemeinschaft etablieren, in der Bonn gemäß seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke den entscheidenden Ton angeben würde. Dazu der „Bayernkurier“ (vom 23. 3. 1968): „Die NATO ist längst eine Fiktion. Sie muß durch ein europäisches Sicherheitssystem ersetzt werden.“ Und Thadden in den „Deutschen Nachrichten“ (vom 15. 3. 1968): „Die NPD fordert ein solches europäisches Sicherheitsbündnis seit Jahren.“ Der CSU-Abgeordnete Zimmermann: „Die NATO mit ihrem amerikanischen Oberkommando ist stets auch ein Ausführungsorgan für die sicherheitspolitischen Belange Washingtons gewesen.“ Die NPD-Zeitung (vom 2. 5. 1969): „Bei dem derzeitigen Rahmen bleibt es bei der absoluten amerikanischen Vorherrschaft über Europa . . .“

Adenauer-Preis-Träger Armin Mohler im „Bayernkurier“ (vom 14. 9. 1968): „Es dürfte für die Bundesrepublik wenig Sinn haben, sich vor der harten Wirklichkeit in Träume von einer Wiederbelebung der NATO zu flüchten.“ Die NPD-Zeitung (19. 7. 1968): „Die NATO, die aus innerer Unglaubwürdigkeit ihrem Ende entgegengeht, zu einem handlungsfähigen Instrument zur Erreichung politischer Zielsetzungen umzuformen, ist ein . . . hoffnungsloser Versuch am untauglichen Objekt . . .“

Übereinstimmend ziehen NPD und gewisse CSU-Kreise die Glaubwürdigkeit der Großmächte in Zweifel, wobei die Westmächte, insbesondere die USA, kaum besser wegkommen als die Sowjetunion. So schrieb der „Bayernkurier“ (vom 20. 7. 1968): „Die von den drei Atommächten USA, Sowjetunion und Großbritannien den nichtnuklearen Staaten zugestandene Garantie gegen atomare Bedrohung und Erpressung ist fragwürdig.“ Die „Deutschen Nachrichten“ (vom 27. 9. 1968) brachten ihre Meinung auf den Nenner: „Das anhaltende Vertrauen in die angebliche Zuverlässigkeit der USA im Verhältnis zur Bundesrepublik hat sich allzu offensichtlich als Fehlbeurteilung erwiesen.“

Während seines Besuches in London im Mai 1969 forderte Strauß eine „nukleare Arbeitsteilung“ zwischen Europa und Amerika. Als ersten Schritt empfahl er die Zusammenlegung der britischen und der französischen Atomrüstung, „um damit den Kern einer europäischen Nuklearstreitmacht zu schaffen“. An die Stelle des NATO-Oberkommandos sollen, wie schon angeführt, „zwei westliche strategische Systeme“ treten, „mit je einem Hauptquartier in Washington und in Europa“, die sich ergänzten, zugleich aber autonom seien („Bayernkurier“ vom 31. 5. 1969).

Die Idee einer Verselbständigung des westeuropäischen Militärpotentials wird auch von der NPD gutgeheißen, in deren Organ es dazu hieß, der Atlantikpakt solle „in zwei politisch und strategisch autonome Gebilde — eine anglo-amerikanische und eine kontinentale westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft“ — gegliedert werden („Deutsche Nachrichten“ vom 2. 5. 1969).

Die Argumente, die von der NPD und der CSU gegen den Atomwaffensperrvertrag ins Feld geführt werden, gleichen einander mitunter bis in die Nuancen hin-

ein. Die „Deutschen Nachrichten“ (vom 12. 7. 1968) empfahlen Bonn, den Vertrag nicht zu unterschreiben, denn: „Angst ist der schlechteste Ratgeber für eine Politik in gefährvoller Zeit.“ Unter Hinweis auf die finanzielle Stärke Bonns schrieb das Blatt (vom 18. 10. 1968): „Ernsthafter denn je kann heute die Bundesregierung gegenüber dem amerikanischen Partner Forderungen stellen.“ Franz-Josef Strauß stellte sich auf den Standpunkt: „Zur rechten Zeit die richtige Entscheidung auch einmal gegen den Wind getroffen schafft mehr Ansehen, Achtung und Zukunftssicherheit als feiges Nachgeben, kleinliches Schwanken und opportunistisches Sichfügen“ („Bayernkurier“, 20. 7. 1968).

Auch im Hinblick auf die Devisenausgleichszahlungen für die Stationierung ausländischer Truppen segeln NPD und CSU auf einer Linie. Vor dem Bundestag verlangte Strauß, mit den bisherigen Devisenausgleichszahlungen Schluß zu machen (HP 8. 6. 1967). Die „Deutschen Nachrichten“ (vom 8. 3. 1968) bemerken: „Wer die Lage nüchtern überdenkt, kann zu keinem anderen Ergebnis kommen, daß allein schon aus diesem Grunde (nämlich wegen der angeblich schlechten Finanzlage Bonns) den britischen und amerikanischen Wünschen nicht entsprochen werden kann.“

Nicht etwa weil man die Devisenausgleichszahlungen grundsätzlich bedauert, lehnen NPD- und CSU-Kreise sie ab. Für Rüstungszwecke soll durchaus Geld ausgegeben werden, aber eben nicht in Form einer Absatzgarantie für die US-Rüstungsindustrie. Man möchte die Mittel der eigenen Rüstungsindustrie zugute kommen lassen. So hieß es z. B. nach dem Beschluß, amerikanische Phantom-Flugzeuge zu kaufen, im „Bayernkurier“ (vom 2. 11. 1968), dies sei eine „unrühmliche Entscheidung“ gewesen. „Über den Einzelfall hinaus könnte hier ein gefährliches Präjudiz allgemeiner Art geschaffen worden sein.“ Am 12. 10. 1968 stellte das CSU-Blatt einen Bericht zu diesem Thema unter die Überschrift: „Gefahr für unsere Flugzeugfirmen“. Ins gleiche Horn stießen auch die NPD-„Deutschen Nachrichten“ (vom 24. 5. 1968): „Die Folgen solcher Entscheidungen für unsere eigene Flugzeugindustrie und mögliche europäische Einrichtungen sind unabsehbar.“

Begreiflicherweise würden Ausgaben für militärische Zwecke nach Meinung mancher Leute sinnlos verpulvert, wenn sie einer Bundeswehr zugutekämen, an der der Wurm der „Inneren Führung“ nagt. Lange bevor General Grashey unverblümt meinte, man solle doch endlich die Maske fallen lassen und offen sagen, die „Innere Führung“ sei nur eine demokratische Tarnung gewesen, die der Abwehr von Einwänden gegen die Wiederaufrüstung diene, haben schon der „Bayernkurier“ und die „Deutschen Nachrichten“ die „Innere Führung“ als kritikwürdig befunden. In einer Stellungnahme zum Bericht 1968 des Wehrbeauftragten Hoogen schrieb das CSU-Blatt (15. 6. 1968): „Den eigentlichen Konfliktstoff klammert der Wehrbeauftragte aus: den der Auseinandersetzung zwischen jungen Offizieren und Unteroffizieren, die einen klaren Kampfauftrag wünschen und sich gegen eine zunehmende Zersetzung der Disziplin wehren, und den älteren Offizieren in Kommandeursstellungen, die jedes Experiment der Inneren Führung widerspruchslos mitmachen.“ In der NPD-Zeitung (vom 14. 6. 1968) konnte man lesen: „Die Reformer mit ihrem Stargeneral Baudissin an der Spitze machten sich anheischig, den fehlenden Wehrwillen durch die ‚Innere Führung‘ nachträglich hervorzuzaubern . . . Gibt es überhaupt eine klare Führung? . . . Wir meinen, daß die Zeichen auf Sturm stehen und daß es höchste Zeit wird, aus der Bundeswehr eine wirkliche Truppe zu machen . . . Damit sie kämpfen können, muß man unseren Soldaten das Vaterland wiedergeben.“

Die amerikanische Armee betrachten augenscheinlich weder das NPD- noch das CSU-Organ als Vorbild für die Bundeswehr. In einem Artikel zum Vietnamkrieg

hieß es in den „Deutschen Nachrichten“ (vom 14. 6. 1968): „Es gibt wohl keinen besseren Beweis für die Mangelhaftigkeit der amerikanischen Kriegsführung in Südvietnam als die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht einmal in der Lage sind, Saigon sicher in der Hand zu behalten.“ Der „Bayernkurier“ (vom 15. 6. 1968) schrieb: „Der Rückzug aus dem An-Shan-Tal war mehr als ein nicht geführtes Gefecht. Er demonstrierte, daß in der US-Armee Unlust und nicht Kampfgeist vorherrschen.“

Wer derartige Zweifel hegt, kann der Versuchung nicht widerstehen, sich in Westeuropa als Ersatz für die USA anzubieten. Zu diesem Zweck wird behauptet, eine solche Lösung entspräche im Grund sogar den Wünschen der Vereinigten Staaten. So erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag: „Ein starkes und geeintes Europa könnte einen Teil der Lasten von den Schultern Amerikas nehmen und stärker in die Verantwortung für die eigene Sicherheit eintreten“ (UPI, 12. 3. 1968). Diese Ansicht vertritt auch die NPD-Zeitung (vom 18. 10. 1968). Sie schrieb: „Man kann sich nicht auf die Dauer mittels ‚geborgter Stärke‘ für einen Teil Deutschlands selbstzufrieden in Sicherheit wiegen, man darf nicht auf die Dauer von den USA erwarten, daß sie fortgesetzt für das einstehen, wofür Deutsche und andere Europäer schließlich selbst zuständig und auch fähig sind. Die USA erwarten Entlastung.“ Und Strauß prägte ja für das Problem die schon erwähnte Formulierung: „Es ist auf die Dauer nicht einsehbar, daß allein die sieben Staaten der Westeuropäischen Union eine Viertelmillion amerikanischer Soldaten brauchen, um vor vier Millionen Rotarmisten nicht zittern zu müssen“ (dpa, 1. 6. 1969).

Auch in der Deutschlandpolitik ist ein Gleichklang der Argumente zu beobachten. So begründete der NPD-Vorsitzende Adolf v. Thadden den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung in den „Deutschen Nachrichten“ (vom 11. 10. 1968) mit den Worten: „Die Sorgspflicht der Mehrheit des deutschen Volkes für die Minderheit besteht...“ Das Wort „Sorgpflicht“ taucht auch im CDU-Programm auf. Dort heißt es: „Solange sich unsere Landsleute nicht frei informieren, äußern, organisieren und politisch entscheiden können, betrachten wir es als nationale Sorgpflicht der Bundesregierung, für unsere Landsleute zu sprechen.“

Die Forderung nach Anerkennung der bestehenden Realitäten lehnen NPD und CDU mit nahezu identischer Diktion ab. Im NPD-Programm steht: „Wir lehnen es ab, die ‚Realität‘ der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen.“ Im CDU-Programm heißt es: „Wir lehnen die Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab.“

Ähnlich übereinstimmend äußerten die beiden Blätter sich auch zu den Folgen, die sich nach ihrer Ansicht aus dem Eintritt der SPD in die Große Koalition mit der CDU/CSU und aus der Politik der SPD ergaben. Der „Bayernkurier“ (vom 26. 10. 1968) warf der SPD vor, sie gebe aus Rücksicht auf eine angeblich drohende außenpolitische Isolierung ständig den Wünschen anderer Länder nach, statt von den nationalen Interessen zu sprechen. Wörtlich hieß es dann weiter: „Es fällt vor allem auf, daß dieser unkritische ideologische Stil der Regierungsarbeit um sich gegriffen hat, seitdem die SPD an der Verantwortung mitbeteiligt ist.“ In der NPD-Zeitung schrieb der frühere SS-Sturmbannführer Peter Kleist in holprigem Deutsch: „Seit in der SPD Frahm-Brandt und Wehner die Führung übernahmen, begann die konsequente Demontage der westdeutschen Abwehrhaltung, um mit der Bildung der Großen Koalition zum endlichen Durchbruch anzusetzen“ („Deutsche Nachrichten“, 16. 6. 1967).

Die deutschen Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, kommen sowohl bei der NPD als auch bei der CSU schlecht weg. So behaupteten die „Deutschen

MITBESTIMMUNG . . .

Nachrichten" (am 11. 10. 1968) von den Gewerkschaften, „daß die Freiheit, die sie meinen, geradenwegs in die Arme der Machthaber Moskaus führt.“ Im „Bayernkurier“ (vom 30. 3. 1968) war zu lesen: „Die IG Metall, ob ihrer Nachbarschaft zu linksextremen, antiparlamentarischen und kommunistenfreundlichen Elementen berüchtigt, wäre besser beraten, ihre aus Mitgliedsbeiträgen der Arbeitnehmer aufgebracht Gelder ihrem Auftrag gemäß zu verwenden, um nicht in den naheliegenden Verdacht zu geraten, Finanzier staatsfeindlicher Umtriebe zu sein.“ Mag sein, daß maßgeblichen Politikern der CDU/CSU gar nicht bewußt ist, welches Ausmaß die Übereinstimmung zwischen konservativen Kreisen der gemäßigten Rechten und der extremen Rechten schon erreicht hat. Andererseits kommt es sicher nicht von ungefähr, daß immer öfter in Äußerungen von Unionspolitikern Töne anklingen, die den Eindruck erwecken, als versuche man gegenüber den „nationalen Parolen“ der NPD Boden wettzumachen. Der CSU-Vorsitzende Strauß hat im rechtsgerichteten „Deutschen Studentenanzeiger“ sogar eine gewisse Rivalität zwischen der NPD und der CSU erkennbar werden lassen, als er bemerkte: „Keine der bestehenden Parteiformationen vertritt die nationalen Interessen mit solcher Selbstverständlichkeit wie die CSU. Die heimatlose Rechte braucht deshalb ein enges Verhältnis zur CSU nicht zu scheuen“ (zitiert nach „Frankfurter Rundschau“ vom 22. 2. 1968).

Die Sorge des „Bayernkuriers“, die Unionsparteien könnten „ins braune Eck gedrängt werden“, besteht zu Recht. Nur sollte man deswegen nicht „politische Rufmörder“ erfinden, die der CDU/CSU angeblich „gewaltsam die NPD aufbuckeln“. Die Unionsparteien bestimmen selbst ihren Standort und sie haben es folglich selbst zu verantworten, wenn sie in die Nähe von Stellungnahmen der NPD geraten. Die Übereinstimmung — der CDU/CSU und der NPD — in zahlreichen Fragen ist keine Erfindung, sondern eine Tatsache. Sie muß alle beunruhigen, denen die „Harzburger Front“ als Menetekel vor Augen steht.

Wolfgang Abendroth

Zur sozialgeschichtlichen Bedeutung der gegenwärtigen Diskussion über die Mitbestimmung

Der gegenwärtige Problemstand

Das Problem der „Mitbestimmungsrechte“ derjenigen sozialen Gruppen, die ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt veräußern, also abhängig arbeiten, der Arbeitnehmer, in der innerhalb der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich privatkapitalistisch organisierten Wirtschaft und in ihrer öffentlichen Verwaltung